

Dokumentation

Die Gewerkschaften und der 2. Mai 1933*

Die erste deutsche Republik, die Weimarer Republik, ist während ihres Bestehens immer wieder als „Gewerkschaftsstaat“ diffamiert worden; Gewerkschaftsfunktionäre wurden als „Bonzen“ verunglimpft.

Wahr ist: Die Gewerkschaften waren stets eine der wenigen verlässlichen Stützen jener Weimarer Republik, die man zutreffend eine Republik ohne Republikaner genannt hat. Aber ihr Einfluss auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft war keineswegs so groß, dass man ihn hätte beschneiden müssen. Mit ihrer infamen „Gewerkschaftsstaat“-Kampagne wollten die Gegner der Gewerkschaften über-tünchen, dass sie den sozialpolitischen Grundkonsens fallen gelassen hatten. Die Gegner der Gewerkschaften waren auch Gegner der Republik. So lagen die Dinge. Grund genug, hellhörig zu werden, wenn das Wort vom „Gewerkschaftsstaat“ wieder fällt, das Bild vom bösen, machtgierigen Funktionär bemüht wird.

Die Gewerkschaften haben, nach den zwölf schwersten Jahren ihrer Geschichte, mit an einem neuen demokratischen Sozialstaat gebaut, der zu den wertvollsten Errungenschaften des Industriezeitalters gehört. Sie haben übrigens auch die Lehre aus jener fatalen Zersplitterung gezogen, die zu ihrer Schwäche am Ende der Weimarer Republik ebenso beigetragen hat wie die Massenarbeitslosigkeit.

Mit der Einheitsgewerkschaft wurde eine Organisationsform geschaffen, die sich nunmehr mehr als 50 Jahre lang bewährt hat. Die Gewerkschaften haben, das sei allen, die sie heute wieder mies zu reden und zu machen versuchen, ins Stammbuch geschrieben, maßgeblich zur politischen Entwicklung, zur ökonomischen und

sozialen Stabilität der Bundesrepublik beigetragen. Und sie sind entschlossen und bereit, das auch weiterhin zu tun. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das im Rahmen und mit der Einheitsgewerkschaft weiterhin am besten können. Dazu müssen wir alle gemeinsam ihre Grundlagen, ihre Prinzipien, ihre Spielregeln beachten.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, es gibt die Auffassung, die Gewerkschaften hätten die Endkrise der Weimarer Republik zu Beginn der dreißiger Jahre sozusagen eingeleitet.

Mit ihrer Weigerung, einer halbprozentigen Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zuzustimmen, hätten sie die letzte parlamentarische Regierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller gestürzt. Auch bei dieser Geschichtslegende wird das Augenmerk auf eine Nebensächlichlichkeit gelenkt, damit die Hauptsache unbemerkt bleiben kann.

Es waren nämlich die bürgerlichen Parteien, die den sozialdemokratischen Reichskanzler nicht mehr dulden wollten und ihn bei bester Gelegenheit aus dem Amt drängten, von den klassenkämpferischen Vertretern aus Schwerindustrie und Mittelstand ganz zu schweigen. Große und einflussreiche Teile der deutschen Unternehmerschaft waren spätestens seit 1927/28 nicht mehr bereit, auch in einer sich zuspitzenden Wirtschaftskrise jenen sozialen Ausgleich anzuerkennen und anzustreben, der nach meiner festen Überzeugung zur Grundlage eines freien und demokratischen Staatswesens gehört.

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die heutigen Unternehmer und ihre Verbände sich mit der Rolle und der Politik ihrer Vorgänger inzwischen ebenso selbstkritisch auseinandergesetzt haben, wie wir es mit unserer Geschichte bereits vor 20

* Auszug aus einer Rede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer am 2. Mai 2003 in Bochum

Jahren getan haben. Es wäre ihnen auch deshalb dringend zu raten, weil sich daraus, natürlich mit allen Vorbehalten, durchaus Lehren ziehen ließen.

Wohlgermerkt: Ich ziehe keine Parallele zur Weimarer Republik – da ist doch vieles unvergleichbar. Aber spielen da nicht einige inzwischen wieder mit mehr als nur dem Gedanken, in einer Krisenlage sozialstaatliche Kernbestände anzutasten, gar aufzugeben? Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte abzubauen, die Gewerkschaften insgesamt zu schwächen?

Mit den nach wie vor gültigen Worten meines Vorgängers Ernst Breit sage ich dazu mit aller Deutlichkeit: „Wer die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in die Knie zwingen will, stört den sozialen Frieden. Wo der soziale Frieden gestört ist, ist schließlich auch die Demokratie in Gefahr. Die Gewerkschaften wollen eine sozial gerechte Lösung der Krise.“ Und ich füge hinzu: Daran wollen und werden sich die Gewerkschaften konstruktiv und mit Augenmaß beteiligen, und zwar durchaus in dem Bewusstsein, dass Zugeständnisse auf allen Seiten notwendig sind.

Wir sind nämlich ganz entschieden der Überzeugung, dass es sich lohnt und dass es notwendig ist, zum Erhalt des demokratischen, freiheitlichen Rechts- und Sozialstaats alles zu tun – das verbindet uns mit den Vorläuferorganisationen aus der Zeit der Weimarer Republik.

Zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei und Teilen des Zentrums standen sie zu Beginn der dreißiger Jahre allein, wenn es um die Verteidigung der Republik ging. Rechts und links war man zu anderen Ufern unterwegs – zur Diktatur, zum Ständestaat, zum „Dritten Reich“ oder, wie die Kommunisten allen Ernstes behaupteten, zu einer unmittelbar bevorstehenden „Revolution“.

Ich halte fest: Es waren die Verächter der Demokratie, die Gegner des Sozialstaats, die Freunde ungehemmter Kapitalbildung und die Befürworter des starken Staates die Schuld am Zerfall und am Ende der ersten deutschen Republik und am Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus auf sich geladen haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben also die Gewerkschaften in jenen schweren dreißiger Jahren und im Schicksalsjahr 1933 alles richtig gemacht? Zweifellos nicht, und wir haben uns mit ihren Fehlern und Versäumnissen immer wieder auseinandergesetzt, um hoffentlich daraus zu lernen. Wer ihnen

allerdings vorwirft, wie das zwischendurch einmal chic geworden war, sie hätten „versagt“, hätten gar die Mitglieder „verraten“, der betreibt Geschichtsklitterung. Vergessen wir nicht, dass im Sommer 1932 zwei Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen waren. Nur wer solche Tatsachen beachtet, kann realistisch ermessen, wozu die Gewerkschaften damals noch in der Lage waren und wozu nicht.

Trotz alledem: Die Wochen zwischen der sogenannten Machtergreifung und der Zerschlagung der freien Gewerkschaften zählen nicht zu den Ruhmesblättern in unserer Geschichte – im Gegenteil. Damals versuchte insbesondere die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, obwohl sich das Schicksal der freien Gewerkschaften bereits abzeichnete, die Organisation zu retten. Das war beinahe so etwas wie ein Reflex, ein historisch geprägter Überlebensinstinkt – in Erinnerung an das glorreich überstandene Sozialistengesetz Bismarcks.

Die Befürworter und Aktivisten dieses Rettungsversuches sind dabei bis hart an die Grenzen gewerkschaftlicher Prinzipien gegangen, nach meinem Dafürhalten haben sie sie sogar überschritten – stand doch am Ende dieses Kurses der Aufruf, an den nationalsozialistischen „Maifeiern“ teilzunehmen.

All das folgte sicher dem Impuls „für die, die du vertrittst, etwas zu retten – ohne alles mögliche durcheinander zu bringen oder dich auf Dinge einzulassen, von denen du weißt, dass sie allenfalls noch Protest oder Opfer wären“ – so hat es Willy Brandt einmal zu erläutern versucht.

Willy Brandt hat in diesem Zusammenhang auch die Frage gestellt, ob jemand in herausgehobener Verantwortung auf Kosten anderer tapfer sein dürfe. Seine Antwort darauf zieht eine Lehre von zeitloser Gültigkeit: „Das darf er nicht“, sagt Willy Brandt, „aber er hat unter Umständen die Pflicht - wenn es dann noch einmal zu einer wirklichen Herausforderung kommt - gestützt auf die Lehre von 1932/33 zu sagen: Es kann die Situation geben, wo es für die eigene Würde und die Zukunft derer, die nach uns kommen, besser ist, mit der Flagge hoch unterzugehen, als sich einem politischen Verwesungsprozess auszusetzen.“

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der Historiker Hans Mommsen hat geschrieben, „die wirkliche Ursache für die Durchsetzung der faschistischen Diktatur muss in der

Entschlossenheit der Gegner vor allem im Lager der Großindustrie erblickt werden, mit dem sozialpolitischen Instrumentarium der Republik auch jenen Kompromiss zwischen den sozialen Klassen zu beseitigen, der die Gründungsvoraussetzung eines lebensfähigen parlamentarischen Systems darstellte.“ Und Mommsen fügt hinzu: „Und im übrigen auch heute noch darstellt.“ Der Aufsatz des Historikers stammt aus dem Jahr 1983.

Man reibt sich wirklich die Augen, wenn man sieht, wie maßgebliche Teile der Industrie spätestens seit 1931 systematisch daran gingen, den Tarifvertrag zu bekämpfen - „aufzulockern“ wie man es damals nannte. Gleichzeitig wurden das Tarifrecht umgebaut und die Sozialversicherungen ins Visier genommen. Was dahinter steckte, hat der Direktor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, im September 1931 mit schonungsloser Klarheit ausgesprochen: „Die Industrie war bisher zu feige, den Kampf mit den Gewerkschaften

in aller Schärfe aufzunehmen. Das ganze Unheil, das über uns gekommen ist, ist nicht zum geringsten Teil auf die Gewerkschaften zurückzuführen, von denen sich seit den Revolutionstagen alle Regierungen mehr oder weniger beeinflussen ließen und die im Hintergrund tatsächlich regiert hatten. Wir haben den Fehler gemacht, in der Vergangenheit die Regierungen zu bekämpfen, statt dass wir die Gewerkschaften mit aller Schärfe bekämpft haben und sollten aus diesem Fehler der Vergangenheit nunmehr die entsprechende Folgerung ziehen.“

Mir kommen diese Sätze merkwürdig bekannt vor, mir ist, als seien sie erst gestern gesprochen worden. Reuschs Vorstellung ist spätestens am 2. Mai 1933 Wirklichkeit geworden – mit furchtbarer Konsequenz. Die Wünsche und Vorstellungen seiner Wiedergänger hingegen werden sich nicht erfüllen.

Dafür stehen die deutschen Gewerkschaften, dafür steht der Deutsche Gewerkschaftsbund!